1959	Ausgegeben zu Bonn am 11. Juli 1959	Nr. 31
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
6. 7. 59	Haushaltsgesetz 1959	793
8. 6. 59	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Vereinbarungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Republik Frankreich, des Königreichs Dänemark, des Königreichs Belgien und des Königreichs der Niederlande über gegenseitige Hilfe gemäß Artikel 3 des Nordatlantik-Vertrages	818
15. 6. 59	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 42 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Entschädigung bei Berufskrankheiten (Neufassung 1934)	819
23. 6. 59	Bekanntmachung über die Kündigung der Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst durch Indonesien	820

Gesetz

über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (Haushaltsgesetz 1959).

Vom 6. Juli 1959.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1959 wird in Einnahme und Ausgabe auf

39 788 903 900 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

35 625 754 500 Deutsche Mark,

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

4 163 149 400 Deutsche Mark.

§ 2

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

1. Titel 104 a und b
2. Titel 108 und 217
3. Titel 201 a, b und c
4. Titel 204 und 205
5. Titel 207 a, b und c.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und Titel 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;

3. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 109, 110 und 111;

4. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb der Kapitel 33 03, 33 04, 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei Titel 160 zur Verstärkung der bei Titel 161 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(4) Gegenseitig deckungsfähig sind die übertragbaren Mittel folgender Titel, und zwar nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke:

Kapitel 10 02, Titel 570 a und 570 b

Kapitel 10 02, Titel 590 a und 590 b

Kapitel 12 02, Titel 570 a und 570 b

Kapitel 29 01, Titel 571 a und 571 b

Kapitel 32 05, Titel 680 und 681

Kapitel 32 05, Titel 683 a und 683 b sowie

Kapitel 60 04, Titel 315

Kapitel 36 05, Titel 952 und 954

Kapitel 40 03, Titel 308 und 309

Kapitel 60 02, Titel 571 a und 571 b

Kapitel 60 02, Titel 573 a und 573 b.

(5) Nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke können von den übertragbaren Mitteln verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 29 Titel 215 veranschlagten Mittel;

2. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 06 29 Titel 703;
 3. Einsparungen bei Kapitel 06 30 Titel 304 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 30 Titel 215 veranschlagten Mittel;
 4. Einsparungen bei Kapitel 09 03 Titel 304 zur Verstärkung der bei Kapitel 09 03 Titel 310 veranschlagten Mittel;
 5. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 571 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 571 a;
 6. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 572 b zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 572 a veranschlagten Mittel;
 7. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 573 b zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 573 a veranschlagten Mittel;
 8. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 579 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 579 a;
 9. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 606 zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 603 b veranschlagten Mittel;
 10. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 615 d zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 615 c veranschlagten Mittel;
 11. Einsparungen bei Kapitel 12 02 Titel 570 c zur Verstärkung der bei Kapitel 12 02 Titel 570 a und Titel 570 b veranschlagten Mittel;
 12. Einsparungen bei Kapitel 14 12 Titel 825 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 14 12 Titel 711 bis 824;
 13. Einsparungen bei Kapitel 25 03 Titel 533 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 25 03 Titel 540 b;
 14. Einsparungen bei Kapitel 25 03 Titel 570 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 570 a veranschlagten Mittel;
 15. Einsparungen bei Kapitel 25 03 Titel 601 zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 605 veranschlagten Mittel;
 16. Einsparungen bei Kapitel A 25 03 Titel 530 a zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 620 veranschlagten Mittel;
 17. Einsparungen bei Kapitel A 25 03 Titel 530 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 620 veranschlagten Mittel;
 18. Einsparungen bei Kapitel A 25 03 Titel 530 a zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 25 03 Titel 607 a;
 19. Einsparungen bei Kapitel A 25 03 Titel 532 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 25 03 Titel 607 b;
 20. Einsparungen bei Kapitel A 25 03 Titel 830 a zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel A 25 03 Titel 830 c;
 21. Einsparungen bei Kapitel A 25 03 Titel 830 a zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel A 25 03 Titel 833;
 22. Einsparungen bei Kapitel 36 04 Titel 603 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 36 04 Titel 715;
 23. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575 b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 575 a veranschlagten Mittel;
 24. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575 b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 710 veranschlagten Mittel;
 25. Einsparungen bei Kapitel 40 03 Titel 308 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 25 03 Titel 537.
- (6) Die Leiter der obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.
- (7) Die übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 02 bis 35 04 sind nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel gegenseitig deckungsfähig.
- (8) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die gegenseitige Deckungsfähigkeit der übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 11 a und 35 11 b nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel anzuordnen.

§ 3

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.

§ 4

(1) Bei Anwendung des § 30 a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 50 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(2) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt im Rechnungsjahr 1959 als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in Abweichung von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen, daß bewegliche Sachen, die aus Zuwendungen des Bundes für Forschungszwecke erworben sind und im Eigentum des Bundes stehen, den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen unentgeltlich übereignet werden.

§ 5

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabebetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabebetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgabereserve und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

§ 6

§ 75 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung wird im Rechnungsjahr 1959 nicht angewendet.

§ 7

(1) Über die letzten 6 vom Hundert der Bewilligungen für Sachausgaben sowie für allgemeine und einmalige Ausgaben darf nur mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen verfügt werden. Dies gilt nicht für Ausgaben, zu deren Leistung der Bund rechtlich verpflichtet ist.

(2) Der Bundesminister der Finanzen darf die gesperrten Beträge nur freigeben, wenn an anderer Stelle desselben Einzelplans Minderausgaben entstehen. Mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages kann der Bundesminister der Finanzen die gesperrten Beträge auch dann freigeben, wenn diesen Freigaben keine Minderausgaben gegenüberstehen.

(3) Die gesperrten Beträge sind nicht übertragbar.

(4) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet sind, sowie über die Ausgabemittel des außerordentlichen Haushalts bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(5) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von Mitteln für bestimmte Ausgabebetitel oder für Gruppen von solchen von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite es erfordert.

§ 8

Der Bundesminister der Finanzen ist berechtigt, für das Rechnungsjahr 1959 im Benehmen mit dem Bundesminister des Innern und mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen eine nichtruhegehaltfähige und widerrufliche Zulage zu gewähren.

§ 9

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen umzuwandeln oder zusätzlich zu schaffen, soweit dies gemäß § 18b des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 11. September 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1296) erforderlich ist.

§ 10

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Bundesbehörden im Saarland zusätzlich zu schaffen, soweit dies im Zusammenhang mit der Eingliederung des Saarlandes erforderlich wird.

(2) Die Ausgabebewilligungen des Bundeshaushaltsplans, bei denen der Bund ab 1. Januar 1960 bis dahin vom Saarland getragene Ausgaben übernimmt, dürfen bis zur Höhe der dem Bunde vom gleichen Zeitpunkt ab zufließenden Einnahmen aus Finanzmonopolen und Steuern sowie der bei Kapitel 60 02 Titel 600 a veranschlagten Mittel nach Maßgabe des Haushaltsvermerks bei diesem Titel überschritten werden.

§ 11

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde bei einer öffentlichen internationalen oder supranationalen Organisation unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Hat der Bundesminister der Finanzen eine Leerstelle nach Absatz 1 ausgebracht und bleiben die Bezüge des Beamten hinter den Bezügen zurück, die er bei Verwendung im deutschen Auslandsdienst außerhalb des diplomatischen und konsularischen Dienstes in seiner bisherigen Dienststellung erhalten würde, so kann ihm nach näherer Bestimmung des Bundesministers des Innern ein Teil seiner bisherigen Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden.

(3) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(4) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst bei einer bestehenden internationalen oder supranationalen Organisation beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Organisation dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an internationalen oder supranationalen

Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß unverzüglich zu unterrichten.

(5) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 12

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem oberen Bundesgericht gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 21. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 662) zum Bundesrichter beim Bundesverfassungsgericht gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgehenden oberen Bundesgerichts eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem oberen Bundesgericht zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 13

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers für Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 14

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1959 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund von § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost werden verpflichtet, ein Drittel von den im Rechnungsjahr 1959 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Deutschen Bundesbank auf Grund von § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht. Das zu übernehmende Drittel wird im Verhältnis 3 : 2 auf die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost aufgeteilt.

(3) Soweit die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost nach den Absätzen 1 und 2 zur Übernahme von Zinsen verpflichtet werden, sind die Zinsverpflichtungen nur aus den Sondervermögen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost zu erfüllen.

§ 15

(1) Werden Aufgaben von einer Dienststelle auf eine andere innerhalb des Geschäftsbereichs eines Bundesministers oder vom Geschäftsbereich eines Bundesministers zu dem eines anderen übertragen, so sind auch die Planstellen und Mittel hierfür auf die nunmehr zuständige Haushaltsstelle zu übertragen. Die Übertragung bedarf der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen; der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist zu unterrichten.

(2) Zum Ausgleich des Personalbedarfs in den Geschäftsbereichen der Bundesminister kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen und Mittel von einem Kapitel auf ein anderes Kapitel desselben oder eines anderen Einzelplans übertragen. Der Beschluß ergeht auf Antrag eines Bundesministers nach Anhörung des Präsidenten des Bundesrechnungshofs. Eines Beschlusses der Bundesregierung bedarf es nicht, wenn der Personalausgleich innerhalb eines Einzelplans erfolgt oder die beteiligten Bundesminister einig sind und der Bundesminister der Finanzen zustimmt.

(3) § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleibt durch die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 unberührt.

§ 16

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 4 500 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 17

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 18 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1958 vom 24. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 234) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1958 bleibt bis zum 31. März 1960 wirksam.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1959 Geldmittel

im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 4 162 393 400 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 18

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, für besonders förderungswürdige Kapitalanlagen im Ausland, insbesondere in Entwicklungsländern, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zur Absicherung politischer Risiken zu übernehmen, soweit mit dem betreffenden Land eine Vereinbarung über die Behandlung der Kapitalanlage getroffen worden ist, oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet ist. Die Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen für Kapitalanlagen im Ausland werden zu Bedingungen übernommen, die in Richtlinien vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen festgelegt werden.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Ausführer Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen. Dabei können die Selbstbeteiligungen ermäßigt werden sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können. Die Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen können auch Dritten gegenüber übernommen werden, soweit diese die Umschuldungsmaßnahmen vornehmen oder an ihnen beteiligt sind.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zugunsten deutscher Ausführer für Ausfuhrgeschäfte zu übernehmen, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Kreditgewährungen an das Ausland zu übernehmen, sofern die Kreditgewährung für die Finanzierung besonders förderungswürdiger Vorhaben mit Rücksicht auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den jeweiligen Empfängerstaaten unumgänglich erforderlich ist.

(5) Der Gesamtbetrag der Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen wird auf zwei Milliarden Deutsche Mark begrenzt.

§ 19

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Betrag von zwei Milliarden Deutsche Mark zu übernehmen,

- a) für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) — Grüner Plan —,
- b) zum Ausbau des Verkehrswesens,
- c) im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen,
- d) zur Behebung von Notständen.

(2) Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen dürfen auf Grund der Ermächtigungen nach Absatz 1 nur übernommen werden, wenn ohne sie die Maßnahmen nicht durchgeführt werden können und an der Durchführung ein erhebliches volkswirtschaftliches oder sozialpolitisches Interesse besteht.

§ 20

(1) Die Ermächtigungen der §§ 18 und 19 zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Rechnungsjahr weiter.

(2) Auf Grund der Ermächtigungen der §§ 18 und 19 können auch Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Rahmen der Ermächtigung anzurechnen.

(3) Die in § 19 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1958 (Haushaltsgesetz 1958) vom 24. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 234) erteilten Ermächtigungen bleiben im Rechnungsjahr 1959 insoweit in Kraft, als sie im Rechnungsjahr 1958 nicht ausgenutzt wurden.

(4) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 18 und 19 können auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschrift verwendet werden.

(5) Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vierteljährlich über den Stand der nach §§ 18, 19 und 20 Abs. 3 übernommenen Verpflichtungen Bericht zu erstatten.

§ 21

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr bei der Durchführung des Straßenbauplans 1959 eine Gesellschaft des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfernstraßen zu beauftragen.

§ 22

Das Mehraufkommen an Mineralölsteuer aus einem Straßenbaufinanzierungsgesetz für die Bundesfernstraßen darf im Rechnungsjahr 1959 zu Mehrausgaben für die Bundesfernstraßen über den im Haushaltsplan veranschlagten Betrag von 1 075 150 000 Deutsche Mark hinaus für Maßnahmen verwendet werden, die im Straßenbauplan enthalten sind.

§ 23

Den Krankenkassen werden im Rechnungsjahr 1959 die Aufwendungen für Heilbehandlung im Rahmen des § 19 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 661) auch für die Zeit nach dem 30. September 1958 erstattet.

§ 24

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofs als Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 25

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 26

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 27

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1959 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 6. Juli 1959.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

**Gesamtplan
des
Bundeshaushaltsplans 1959**

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1959	gegenüber 1958	1959	1958
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
01					
Bundespräsident und Bundespräsidialamt					
01 01	Bundespräsident	—	—	216 700	200 000
01 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
01 03	Bundespräsidialamt	12 300	+ 2 600	909 700	866 100
	Zusammen	12 300	+ 2 600	1 126 400	1 066 100
02					
Deutscher Bundestag					
02 01	Deutscher Bundestag	170 100	— 20 700	7 330 800	7 295 200
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	—	—	257 300	208 100
02 04	Bundesversammlung	—	—	—	—
	Zusammen	170 100	— 20 700	7 588 100	7 503 300
03					
Bundesrat					
03 01	Bundesrat	25 700	— 6 700	1 106 500	1 058 900
04					
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt					
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	9 600	+ 2 800	2 516 600	2 442 100
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
04 03	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	152 100	+ 128 300	5 482 800	5 339 900
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Zusammen	161 700	+ 131 100	7 999 400	7 782 000
05					
Auswärtiges Amt					
05 01	Auswärtiges Amt	516 300	+ 329 500	18 558 600	17 845 200
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	3 825 000	— 97 000	126 368 500	120 796 100
05 04	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete ...	—	—	—	—
	Zusammen	4 341 300	+ 232 500	144 927 100	138 641 300
06					
Bundesminister des Innern					
06 01	Bundesministerium des Innern	180 200	— 83 500	12 985 200	13 046 500
06 02	Allgemeine Bewilligungen	1 451 000	— 447 500	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht	122 300	+ 19 800	3 245 000	3 143 400
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	100	— 1 200	280 400	200 700
06 05	Bundesdisziplinarhof	700	—	1 085 000	1 101 000
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof	100	— 200	257 300	253 800

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
— 118 000	110 000	330 000	330 000	—	—	664 700	+ 24 700	01 01
— 5 000	—	—	—	—	—	— 5 000	— 5 000	01 02
619 300	393 000	300 000	473 000	330 600	5 000	2 159 600	+ 422 500	01 03
732 300	503 000	630 000	803 000	330 600	5 000	2 819 300	+ 442 200	
3 913 300	3 931 100	21 895 600	21 387 000	605 300	527 000	33 745 000	+ 604 700	02 01
22 000	10 000	—	5 000	—	12 000	279 300	+ 44 200	02 03
—	—	—	—	680 000	—	680 000	+ 680 000	02 04
3 935 300	3 941 100	21 895 600	21 392 000	1 285 300	539 000	34 704 300	+ 1 328 900	
489 200	442 300	196 000	215 000	25 400	—	1 817 100	+ 100 900	03 01
599 000	504 800	700 000	700 000	21 900	54 000	3 837 500	+ 136 600	04 01
— 9 000 000	— 9 000 000	—	—	—	—	— 9 000 000	—	04 02
1 431 900	1 296 000	29 140 700	28 012 700	109 900	114 900	36 165 300	+ 1 401 800	04 03
—	—	43 000 600	41 489 100	—	—	43 000 600	+ 1 511 500	04 04
— 6 969 100	— 7 199 200	72 841 300	70 201 800	131 800	168 900	74 003 400	+ 3 049 900	
12 119 000	13 062 400	85 000	90 000	51 997 600	2 561 100	82 760 200	+ 49 201 500	05 01
— 8 751 200	— 8 901 600	92 133 400	87 307 200	—	—	83 382 200	+ 4 976 600	05 02
22 612 000	22 555 300	1 920 000	2 020 000	9 322 500	22 437 000	160 223 000	— 7 585 400	05 03
—	—	2 489 400	2 014 400	—	—	2 489 400	+ 475 000	05 04
25 979 800	26 716 100	96 627 800	91 431 600	61 320 100	24 998 100	328 854 800	+ 47 067 700	
1 886 900	1 804 100	382 000	511 000	101 200	97 600	15 355 300	— 103 900	06 01
— 296 000	— 296 000	329 753 300	233 164 100	6 055 000	14 430 000	335 512 300	+ 88 214 200	06 02
441 100	440 500	—	—	50 900	145 400	3 737 000	+ 7 700	06 03
35 100	29 400	—	—	4 600	12 200	320 100	+ 77 800	06 04
272 200	264 000	—	—	2 500	120 200	1 359 700	— 125 500	06 05
51 100	48 100	—	—	—	—	308 400	+ 6 500	06 06

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1959	gegenüber 1958	1959	1958
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
06					
06 07	Bundesdisziplinarkammern	11 000	+ 2 000	369 900	382 800
06 08	Statistisches Bundesamt	297 300	+ 45 400	19 359 000	19 515 000
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz	34 200	— 3 400	5 687 200	5 201 900
06 10	Bundeskriminalamt	120 600	— 16 100	7 036 300	6 345 200
06 11	Bundesgesundheitsamt	430 700	+ 87 900	5 448 300	5 168 500
06 13	Bundesarchiv	75 400	+ 25 800	1 509 400	1 326 900
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung	246 800	+ 190 800	1 100 400	417 600
06 15	Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten des Bundes- ministers des Innern sowie Bundesamt für Auswanderung	73 900	+ 10 000	2 712 000	2 738 600
06 16	Institut für Angewandte Geodäsie, Kartographie und Photo- grammetrie	487 300	— 406 000	3 625 200	3 724 900
06 17	Bundesanstalt für Landeskunde	—	—	—	651 700
06 19	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz	15 100	+ 8 000	7 740 800	6 964 700
06 20	Allgemeine Bewilligungen für Zwecke des zivilen Bevölkerungsschutzes (jetzt zum Teil Kap. 06 19 und Kap. 36 04)	—	— 44 000	—	—
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	69 200	— 40 500	—	—
06 25	Bundesgrenzschutz	563 000	+ 700	108 832 600	89 084 600
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern	50 200	+ 7 000	1 559 200	1 615 500
06 29	Deutsches Archäologisches Institut	66 100	+ 4 800	2 768 600	2 563 900
06 30	Deutsches Historisches Institut	600	—	317 600	321 100
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	1 000	—	50 600	50 300
06 33	Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flücht- linge	200	—	667 800	522 800
06 35	Bundeszentrale für Heimatdienst	2 300	+ 300	577 900	566 800
	Zusammen	4 299 300	— 639 900	187 215 700	164 908 200
07					
Bundesminister der Justiz					
07 01	Bundesministerium der Justiz	1 885 200	+ 9 300	5 374 800	5 309 300
07 04	Bundesgerichtshof	2 017 600	+ 201 300	7 731 200	7 801 000
07 05	Deutsches Patentamt	37 573 400	+ 5 016 100	23 150 000	22 985 300
07 06	Oberstes Rückerstattungsgericht	6 400	— 700	1 458 100	1 521 900
	Zusammen	41 482 600	+ 5 226 000	37 714 100	37 617 500
08					
Bundesminister der Finanzen					
08 01	Bundesministerium der Finanzen in Bonn	246 300	+ 24 100	27 810 000	27 768 400
08 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
08 03	Bundesfinanzhof in München	6 800	+ 900	2 039 000	1 975 500
08 04	Bundesfinanzverwaltung	41 350 300	— 9 275 300	360 447 100	367 602 400
08 05	Bundesausgleichsamt in Bad Homburg v. d. H.	8 200	+ 1 500	2 481 300	2 480 400
08 07	Amt für Wertpapierbereinigung in Bad Homburg v. d. H.	40 500	— 415 800	987 600	913 800
08 08	Bundeshauptkasse in Bonn	—	—	756 100	815 400
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach (Main)	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionsen in Stadthagen	100	—	223 700	240 300
	Zusammen	41 652 200	— 9 664 600	394 744 800	401 796 200

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
179 800	188 300	—	—	—	—	549 700	— 21 400	06 07
3 634 600	3 688 400	1 602 500	1 202 500	1 040 100	896 600	25 636 200	+ 333 700	06 08
937 000	860 300	4 202 000	4 423 200	254 400	170 700	11 080 600	+ 424 500	06 09
1 208 600	1 098 300	2 285 100	2 647 800	101 200	148 900	10 631 200	+ 391 000	06 10
1 053 800	922 600	995 500	944 000	4 077 400	5 013 800	11 575 000	— 473 900	06 11
305 900	318 800	491 500	494 100	283 900	129 200	2 590 700	+ 321 700	06 13
397 900	160 900	272 300	176 000	11 000	3 000	1 781 600	— 53 800	06 14
534 200	540 100	32 480 700	35 172 600	32 000	45 800	35 758 900	— 2 738 200	06 15
611 300	625 700	475 000	523 000	1 420 600	760 500	6 132 100	+ 498 000	06 16
—	103 300	—	232 900	—	90 000	—	—	06 17
2 089 400	2 352 500	19 780 700	4 001 600	12 736 300	21 896 300	42 347 200	+ 7 132 100	06 19
—	—	—	22 900 000	—	53 840 000	—	— 76 740 000	06 20
—	—	945 000	945 000	4 866 000	7 319 900	5 811 000	— 2 453 900	06 24
14 020 800	11 746 900	28 661 200	32 705 400	128 289 800	84 370 700	279 804 400	+ 61 896 800	06 25
312 500	320 600	45 500	49 500	98 500	91 500	2 015 700	— 61 400	06 26
896 300	757 900	1 163 700	1 107 500	2 338 600	211 800	7 167 200	+ 2 526 100	06 29
81 300	83 900	45 900	42 300	5 000	5 000	449 800	— 2 500	06 30
27 400	28 100	2 500	2 500	—	—	80 500	— 400	06 31
67 200	61 700	—	—	—	—	735 000	+ 150 500	06 33
193 800	204 100	7 200 000	7 300 000	73 500	287 700	8 045 200	— 313 400	06 35
28 942 200	26 352 500	430 784 400	348 545 000	161 842 500	190 086 800	808 784 800	+ 78 892 300	
776 600	736 100	480 300	535 000	468 400	544 400	7 100 100	— 24 700	07 01
725 600	915 000	309 500	309 500	1 526 600	251 800	10 292 900	+ 1 015 600	07 04
2 739 900	2 584 900	4 412 000	4 112 000	161 500	1 536 100	30 463 400	— 754 900	07 05
286 100	326 800	762 400	769 100	—	—	2 506 600	— 111 200	07 06
4 528 200	4 562 800	5 964 200	5 725 600	2 156 500	2 332 300	50 363 000	+ 124 800	
2 829 000	2 879 400	—	—	26 900	247 700	30 665 900	— 229 600	08 01
— 6 041 200	— 6 412 800	171 043 900	190 931 200	—	—	165 002 700	— 19 515 700	08 02
220 800	181 200	—	—	3 600	46 000	2 263 400	+ 60 700	08 03
110 730 600	113 516 000	1 016 000	843 300	20 865 900	41 049 000	493 059 600	— 29 951 100	08 04
331 700	326 200	15 000	15 000	9 800	7 300	2 837 800	+ 8 900	08 05
247 700	407 100	282 100	307 000	6 500	—	1 523 900	— 104 000	08 07
—	—	—	—	—	—	756 100	— 59 300	08 08
—	—	—	—	—	—	—	—	08 09
45 300	53 300	—	—	—	—	269 000	— 24 600	08 10
108 363 900	110 950 400	172 357 000	192 096 500	20 912 700	41 350 000	696 378 400	— 49 814 700	

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1959 DM	gegenüber 1958	1959 DM	1958 DM
			mehr (+) weniger (-) DM		
1	2	3	4	5	6
09					
Bundesminister für Wirtschaft					
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	675 300	+ 31 400	23 277 800	22 189 600
09 02	Allgemeine Bewilligungen	55 100	+ 49 100	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	3 536 100	+ 207 000	9 167 000	8 416 100
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	3 804 700	+ 61 200	3 250 500	3 184 800
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft	40 500	+ 800	4 411 000	4 227 600
09 06	Bundestelle für Außenhandelsinformation	4 300	—	1 388 000	1 336 900
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung	650 700	+ 1 900	4 215 200	3 846 900
09 08	Bundeskartellamt	560 400	—	2 490 200	1 809 400
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung	1 502 500	—	1 198 900	1 123 100
	Zusammen	10 829 600	+ 351 400	49 398 600	46 134 400
10					
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten					
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	226 500	— 4 200	11 058 200	10 627 800
10 02	Allgemeine Bewilligungen	458 080 000	— 53 255 000	—	—
10 03	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft	5 018 000	+ 172 700	3 404 200	3 270 700
10 04	Bundessortenamt	602 900	+ 8 000	1 001 800	934 100
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	533 600	+ 30 800	3 874 700	3 538 600
10 11	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft	244 300	— 125 100	1 795 500	1 751 700
10 12	Bundeforschungsanstalt für Fischerei	75 400	— 5 500	1 288 400	1 239 000
10 13	Bundeforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	147 900	+ 16 700	1 281 300	1 213 300
10 14	Bundeforschungsanstalt für Kleintierzucht	56 400	— 700	610 100	573 600
10 15	Bundeforschungsanstalt für Getreideverarbeitung	148 900	+ 15 500	940 000	890 000
10 16	Bundeforschungsanstalt für Fleischwirtschaft	156 900	+ 10 000	537 000	530 400
10 17	Bundeforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung	12 400	+ 8 000	645 300	587 400
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse	38 400	— 4 200	258 700	245 200
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung	74 900	— 8 800	485 100	451 400
10 20	Bundeforschungsanstalt für Hauswirtschaft	29 500	— 20 000	468 700	428 000
10 21	Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege	3 400	—	97 500	95 400
10 22	Bundesanstalt für Vegetationskartierung	45 100	— 13 200	325 200	293 500
10 23	Bundeforschungsanstalt für Rebenzüchtung	125 800	+ 9 200	638 900	583 200
10 24	Bundeforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	12 000	+ 2 300	1 228 100	1 142 800
	Zusammen	465 632 300	— 53 163 500	29 938 700	28 396 100
11					
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung					
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	80 400	+ 11 500	8 034 500	7 685 800
11 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	32 500	+ 500	1 439 300	1 364 100
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz	5 500	—	298 200	277 100
11 05	Bundesarbeitsgericht	51 900	+ 16 500	1 221 200	1 120 700
11 06	Bundesversicherungsamt	2 900	+ 2 500	1 613 600	1 557 800
11 07	Bundessozialgericht	70 500	+ 9 900	2 458 100	2 424 400

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
3 853 500	3 973 600	1 029 000	1 163 500	1 240 200	1 478 400	29 400 500	+ 595 400	09 01
- 1 692 300	- 1 269 800	30 815 200	25 789 900	17 850 000	22 017 200	46 972 900	+ 435 600	09 02
1 748 600	1 852 200	2 072 500	1 819 800	3 807 900	5 952 300	16 796 000	- 1 244 400	09 03
454 800	458 900	40 000	36 000	—	—	3 745 300	+ 65 600	09 04
1 189 700	1 196 700	—	—	13 000	6 300	5 613 700	+ 183 100	09 05
322 300	324 800	990 000	1 090 000	7 700	13 600	2 708 000	- 57 300	09 06
855 500	802 600	375 000	345 000	1 283 200	2 685 300	6 728 900	- 950 900	09 07
560 300	759 000	20 000	20 000	55 700	137 300	3 126 200	+ 400 500	09 08
224 700	209 900	1 700 000	1 690 000	105 500	99 400	3 229 100	+ 106 700	09 09
7 517 100	8 307 900	37 041 700	31 954 200	24 363 200	32 389 800	118 320 600	- 465 700	
1 815 300	1 709 100	2 891 400	2 935 600	1 000 300	117 700	16 765 200	+ 1 375 000	10 01
—	—	1 272 716 900	1 290 477 100	966 286 000	1 061 940 000	2 239 002 900	- 113 414 200	10 02
1 617 400	1 578 800	—	—	15 000	20 000	5 036 600	+ 167 100	10 03
193 100	166 100	735 200	738 800	82 700	333 300	2 012 800	- 159 500	10 04
664 400	619 800	673 400	642 900	1 157 600	1 466 700	6 370 100	+ 102 300	10 10
360 000	325 700	454 800	630 700	78 300	420 400	2 688 600	- 439 900	10 11
263 000	247 900	161 000	156 000	359 500	960 100	2 071 900	- 531 100	10 12
240 400	219 000	270 500	251 500	50 500	563 500	1 842 700	- 404 600	10 13
135 400	124 700	93 200	93 200	25 900	17 300	864 600	+ 55 800	10 14
202 200	191 000	150 300	133 400	234 300	251 000	1 526 800	+ 61 400	10 15
98 900	90 700	190 700	174 700	19 000	26 100	845 600	+ 23 700	10 16
121 600	98 800	75 700	68 200	337 300	705 500	1 179 900	- 280 000	10 17
55 000	50 000	60 400	60 400	15 500	25 200	389 600	+ 8 800	10 18
91 700	73 100	173 000	193 000	—	1 000	749 800	+ 31 300	10 19
123 000	88 300	63 400	83 400	—	—	655 100	+ 55 400	10 20
20 700	17 800	13 100	12 500	—	1 000	131 300	+ 4 600	10 21
63 500	71 200	29 400	26 400	14 300	—	432 400	+ 41 300	10 22
128 200	105 100	171 500	159 300	50 000	37 000	988 600	+ 104 000	10 23
428 500	416 500	288 300	298 300	506 700	800 000	2 451 600	- 206 000	10 24
6 622 300	6 193 400	1 279 212 200	1 297 135 400	970 232 900	1 067 685 800	2 286 006 100	- 113 404 600	
1 638 700	1 557 100	1 590 000	4 075 000	533 300	128 700	11 796 500	- 1 650 100	11 01
— 200 000	— 400 000	11 270 400	—	—	—	11 070 400	+ 11 470 400	11 02
188 500	182 200	—	—	—	—	1 627 800	+ 81 500	11 03
106 500	113 500	19 000	19 200	12 000	20 000	435 700	+ 5 900	11 04
141 300	129 900	50 000	40 000	9 800	15 000	1 422 300	+ 116 700	11 05
371 400	347 900	—	—	9 700	—	1 994 700	+ 89 000	11 06
226 400	229 600	37 000	37 000	—	—	2 721 500	+ 30 500	11 07

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1959	gegenüber 1958	1959	1958
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
11					
11 09	Sozialreform	—	—	1 197 500	1 211 900
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	22 350 000	+ 2 320 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	10 030 500	+ 450 000	—	—
11 12	Betriebliche Arbeitsfürsorge	—	—	—	—
11 13	Sozialversicherung	6 691 000	+ 2 000	—	—
	Zusammen	39 315 200	+ 2 812 900	16 262 400	15 641 800
12	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesminister für Verkehr	204 400	— 223 600	15 113 200	14 222 200
12 02	Allgemeine Bewilligungen	91 946 300	— 3 678 000	—	—
12 03	Bundewasser- und Schifffahrtsverwaltung	63 919 700	+ 4 814 700	54 796 300	48 514 300
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	—	—	—	—
12 05	Bundeschleppbetrieb in Münster (Westf.)	—	—	—	—
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	164 400	+ 59 000	863 200	737 400
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	10 900	—	672 100	621 200
12 08	Bundesamt für Schiffsvermessung in Hamburg	720 600	—	445 900	401 800
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	1 529 400	+ 19 200	5 876 400	5 466 100
12 10	Bundesfernstraßen	9 200 000	+ 1 200 000	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenbau in Köln	290 000	+ 51 600	636 900	546 800
12 12	Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	11 015 500	+ 1 677 400	4 853 900	4 154 900
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungs- beamten in Frankfurt (Main)	20 000	+ 1 500	103 700	94 500
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	1 359 700	— 31 400	21 501 900	19 248 600
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main)	329 400	+ 111 000	18 409 000	15 350 000
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	31 300	+ 11 300	593 200	573 900
	Zusammen	180 741 600	+ 4 012 700	123 865 700	109 931 700
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	—	—	73 500	74 500
13 03	Bundesdruckerei	3 069 300	+ 254 000	—	—
	Zusammen	3 069 300	+ 254 000	73 500	74 500
14	Bundesminister für Verteidigung				
14 01	Bundesministerium für Verteidigung	174 200	+ 88 300	45 262 900	38 528 200
14 02	Allgemeine Bewilligungen	110 000	+ 110 000	—	—
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	303 200	+ 200 000	1 073 543 400	1 010 864 800
14 04	Bundeswehrverwaltung	135 000	+ 115 000	529 688 600	405 447 700
14 05	Bildungswesen	—	—	—	—
14 06	Seelsorge	1 000	+ 1 000	4 487 300	4 044 300
14 07	Rechtspflege	7 000	—	2 220 300	1 916 900
14 08	Sanitätswesen	562 000	+ 391 000	—	—
14 10	Verpflegung	10 000	+ 10 000	—	—
14 11	Dienstbekleidung	2 209 000	+ 2 179 000	—	—
14 12	Unterbringung	12 332 000	+ 2 470 000	—	—
14 13	Pionierwesen	2 000	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	10 625 300	+ 7 453 300	—	—
14 15	Feldzeugwesen	419 500	+ 218 500	—	—
14 16	ABC-Schutz	2 000	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	4 119 000	+ 4 003 000	—	—
14 18	Indienst- und Instandhaltung von Schiffen	8 000	—	—	—
14 19	Indienst- und Instandhaltung von Flugzeugen	5 628 800	+ 1 261 600	—	—
14 21	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung	9 615 900	+ 86 800	30 811 600	26 007 900
14 22	Wehrersatzwesen	—	—	25 190 700	14 741 500
14 23	Fürsorge	—	—	84 599 700	48 771 800
	Zusammen	46 263 900	+ 18 587 500	1 795 804 500	1 550 323 100

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
172 000	215 000	90 000	110 000	—	—	1 459 500	— 77 400	11 09
—	—	3 336 350 000	3 574 550 000	—	120 000	3 336 350 000	— 238 320 000	11 10
—	—	368 388 700	381 950 000	—	—	368 388 700	— 13 561 300	11 11
—	—	—	5 000 000	—	—	—	— 5 000 000	11 12
—	—	5 198 597 000	4 843 297 000	8 880 000	—	5 207 477 000	+ 364 180 000	11 13
2 644 800	2 375 200	8 916 392 100	8 809 078 200	9 444 800	283 700	8 944 744 100	+ 117 365 200	
3 220 400	2 938 400	—	—	313 400	173 600	18 647 000	+ 1 312 800	12 01
— 15 077 600	— 2 754 600	706 732 900	696 319 500	47 575 800	44 441 000	739 231 100	+ 1 225 200	12 02
8 653 400	8 767 000	124 833 200	121 216 200	108 652 200	148 383 500	296 935 100	— 29 945 900	12 03
—	—	—	—	—	—	—	—	12 04
—	—	—	—	—	—	—	—	12 05
166 600	152 000	53 900	53 900	293 200	214 000	1 376 900	+ 219 600	12 06
99 300	99 300	67 300	71 800	102 000	124 800	940 700	+ 23 600	12 07
59 500	59 300	—	—	8 000	7 000	513 400	+ 45 300	12 08
688 900	620 300	1 447 000	1 437 200	316 000	681 400	8 328 300	+ 123 300	12 09
—	—	849 150 000	282 012 500	226 000 000	567 987 500	1 075 150 000	+ 225 150 000	12 10
120 600	114 500	33 000	33 000	91 200	15 000	881 700	+ 172 400	12 11
1 783 000	1 609 200	4 230 000	2 750 000	252 300	506 000	11 119 200	+ 2 099 100	12 12
30 300	87 200	78 900	—	—	—	212 900	+ 31 200	12 13
1 757 500	1 785 300	5 722 800	5 650 200	1 208 000	1 322 900	30 190 200	+ 2 183 200	12 14
1 876 900	1 839 900	8 071 000	7 742 200	7 012 900	8 641 500	35 369 800	+ 1 796 200	12 15
166 800	162 700	156 000	180 000	—	3 400	916 000	— 4 000	12 16
3 545 600	15 480 500	1 700 576 000	1 117 466 500	391 825 000	772 501 600	2 219 812 300	+ 204 432 000	
—	—	—	—	—	—	73 500	— 1 000	13 01
—	—	—	—	2 329 700	784 200	2 329 700	+ 1 545 500	13 03
—	—	—	—	2 329 700	784 200	2 403 200	+ 1 544 500	
7 909 400	8 953 000	4 396 800	4 825 000	3 470 200	1 789 900	61 039 300	+ 6 943 200	14 01
236 809 500	75 936 000	3 746 125 700	571 816 900	10 000 000	165 105 000	3 992 935 200	+ 3 180 077 300	14 02
60 648 900	49 509 100	77 163 200	69 185 200	749 400	19 969 700	1 212 104 900	+ 62 576 100	14 03
21 627 600	19 465 000	5 323 400	9 887 000	4 774 000	14 385 600	561 413 600	+ 112 228 300	14 04
—	—	11 288 300	9 059 800	2 604 000	2 459 900	13 892 300	+ 2 372 600	14 05
831 400	787 100	468 500	394 600	347 200	391 100	6 134 400	+ 517 300	14 06
155 000	141 900	80 000	120 000	22 000	52 100	2 477 300	+ 246 400	14 07
—	—	27 689 000	16 925 000	36 300 000	11 181 000	63 989 000	+ 35 883 000	14 08
—	—	82 993 500	50 468 500	34 262 500	—	117 256 000	+ 66 787 500	14 10
—	—	188 721 700	145 272 000	112 000 000	123 369 000	300 721 700	+ 32 080 700	14 11
232 784 000	205 760 000	44 460 000	116 900 000	120 719 900	2 365 930 100	397 963 900	— 2 290 626 200	14 12
—	—	3 788 000	21 167 900	—	145 491 900	3 788 000	— 162 871 800	14 13
—	—	72 354 200	114 868 300	51 500 000	272 798 300	123 854 200	— 263 812 400	14 14
—	—	240 412 700	293 814 200	1 727 002 200	1 269 920 200	1 967 414 900	+ 403 680 500	14 15
—	—	1 313 000	5 528 500	38 754 000	15 784 000	40 067 000	+ 18 754 500	14 16
—	—	247 674 600	436 897 700	144 458 900	53 060 100	392 133 500	— 97 824 300	14 17
—	—	56 249 600	35 550 000	71 149 000	465 933 700	127 398 600	— 374 085 100	14 18
—	—	144 183 600	281 053 400	782 813 100	956 910 000	926 996 700	— 310 966 700	14 19
3 069 700	3 187 500	5 289 000	3 781 900	825 000	354 100	39 995 300	+ 6 663 900	14 21
4 946 800	2 781 000	24 732 800	7 163 700	39 400	1 672 400	54 909 700	+ 28 551 100	14 22
—	—	3 003 600	1 918 600	—	—	87 603 300	+ 36 912 900	14 23
568 782 300	366 520 600	4 987 711 200	2 196 598 200	3 141 790 800	5 886 558 100	10 494 088 800	+ 494 088 800	

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1959 DM	gegenüber 1958	1959 DM	1958 DM
			mehr (+) weniger (-) DM		
1	2	3	4	5	6
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht	6 900	— 3 000	1 982 500	2 001 800
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	13 900	+ 6 200	7 892 000	7 426 800
	24				
	Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes				
24 01	Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes	29 300	— 7 000	5 116 700	4 761 700
24 02	Allgemeine Bewilligungen	111 923 400	+ 2 877 500	—	—
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	163 482 800	— 1 899 500	—	—
24 04	Bundesbaudirektion Berlin	210 600	+ 194 600	5 019 100	4 101 700
	Zusammen	275 646 100	+ 1 165 600	10 135 800	8 863 400
	25				
	Bundesminister für Wohnungsbau				
25 01	Bundesministerium für Wohnungsbau	23 100	+ 6 500	4 505 400	4 157 400
25 02	Allgemeine Bewilligungen	1 901 500	+ 436 000	—	—
25 03	Förderung des Wohnungsbaues	107 052 600	+ 28 046 400	—	—
25 04	Baulicher Luftschutz (ab Rj. 1959: Kap. 36 09)	—	— 4 000	—	—
	Zusammen	108 977 200	+ 28 484 900	4 505 400	4 157 400
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	6 800	+ 800	3 480 100	3 345 200
26 02	Allgemeine Bewilligungen	1 751 000	+ 1 151 000	—	—
26 03	Dienststellen des Notaufnahmeverfahrens in Berlin, Gießen und Uelzen	2 000	—	5 309 600	5 336 300
	Zusammen	1 759 800	+ 1 151 800	8 789 700	8 681 500
	*) Davon 385 500 000 DM bei Kap. 40 10.				
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	73 100	— 18 200	3 820 600	3 773 800
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	2 700	— 300	590 500	588 900
	29				
	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen				
29 01	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen	2 028 200	+ 24 700	1 450 700	1 313 100
	31				
	Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft				
31 01	Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	4 300	+ 1 800	2 889 900	2 560 500
31 02	Allgemeine Bewilligungen	133 000	+ 103 000	—	—
	Zusammen	137 300	+ 104 800	2 889 900	2 560 500

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
344 700	334 700	4 000	4 000	4 000	20 000	2 335 200	— 25 300	19 01
1 079 800	1 062 800	100 000	—	45 400	20 500	9 117 200	+ 607 100	20 01
916 600	1 178 400	—	—	31 400	92 800	6 064 700	+ 31 800	24 01
— 111 229 100	— 26 577 000	150 000	220 000	74 000 000	60 360 800	— 37 079 100	— 71 082 900	24 02
167 700 000	55 700 000	78 022 200	80 695 900	30 772 200	42 403 000	276 494 400	+ 97 695 500	24 03
1 197 500	1 838 500	—	—	53 100	102 100	6 269 700	+ 227 400	24 04
58 585 000	32 139 900	78 172 200	80 915 900	104 856 700	102 958 700	251 749 700	+ 26 871 800	
738 200	712 800	940 000	100 000	35 400	29 800	6 219 000	+ 1 219 000	25 01
— 195 400	— 92 400	14 238 900	17 193 900	4 800 000	19 000 000	18 843 500	— 17 258 000	25 02
—	—	351 717 100	720 761 100	8 900 000	8 020 000	360 617 100	— 368 164 000	25 03
—	—	—	6 180 000	—	500 000	—	— 6 680 000	25 04
542 800	620 400	366 896 000	744 235 000	13 735 400	27 549 800	385 679 600	— 390 883 000	
505 700	551 700	—	—	14 700	—	4 000 500	+ 103 600	26 01
—	—	105 610 000	415 192 500*)	2 000 000	2 290 000	107 610 000	— 309 872 500	26 02
720 500	753 400	5 000	6 000	—	—	6 035 100	— 60 600	26 03
1 226 200	1 305 100	105 615 000	415 198 500*)	2 014 700	2 290 000	117 645 600	— 309 829 500	
1 113 600	1 152 000	101 402 000	113 722 000	1 707 200	1 000 000	108 043 400	— 11 604 400	27 01
115 100	119 900	—	—	—	23 800	705 600	— 27 000	28 01
417 900	259 700	59 330 000	62 415 000	237 000	58 700	61 435 600	— 2 610 900	29 01
1 007 600	717 600	470 000	420 000	178 200	342 400	4 545 700	+ 505 200	31 01
—	—	44 077 500	33 121 000	87 700 000	104 350 000	131 777 500	— 5 693 500	31 02
1 007 600	717 600	44 547 500	33 541 000	87 878 200	104 692 400	136 323 200	— 5 188 300	

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1959	gegenüber 1958	1959	1958
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
32					
Bundesschuld					
32 03	Bundesschuldenverwaltung	1 008 600	— 11 500	7 640 800	8 024 900
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldenurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenverwaltung unterliegen	1 550 000	+ 154 000	—	—
	Zusammen	2 558 600	+ 142 500	7 640 800	8 024 900
33					
Versorgung					
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Bundesbeamten	—	—	63 599 000	51 149 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	79 633 000	14 497 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	—	—	77 375 000	90 350 000
33 07	Versorgung der verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	10 000 000	— 19 649 000	1 029 705 000	1 106 205 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	350 000	+ 150 000	483 223 000	574 250 000
	Zusammen	10 350 000	— 19 499 000	1 733 535 000	1 836 451 000
35					
Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte					
35 02	Besatzungskosten in Berlin	3 000 000	—	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	10 000	— 40 000	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	10 000	—	—	—
35 05	Verteidigungshilfe	—	—	—	—
35 11a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht	44 500 000	+ 2 500 000	—	—
35 11b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	94 000	— 21 000	—	—
	Zusammen	47 614 000	+ 2 439 000	—	—
36					
Zivile Notstandsplanung					
36 04	Notstandsmaßnahmen im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	39 000	+ 39 000	—	—
36 05	Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Versorgung	—	—	—	—
36 06	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung	—	—	—	—
36 07	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs	—	—	—	—
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen für leitende Dienststellen	—	—	—	—
36 09	Maßnahmen des baulichen Luftschutzes zum Schutze der Zivilbevölkerung	4 000	+ 4 000	—	—
	Zusammen	43 000	+ 43 000	—	—
*) Vorjahresansatz teilweise bei Kap. 06 20.					
**) Vorjahresansatz bei Kap. 25 04.					

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 915 700	2 059 400	118 584 600	98 097 500	—	6 900	128 141 100	+ 19 952 400	32 03
—	—	2 142 610 400	1 275 938 000	—	—	2 142 610 400	+ 866 672 400	32 05
—	—	20 850 000	2 300 000	—	—	20 850 000	+ 18 550 000	32 07
—	—	220 000 000	200 000 000	— 303 800 000	—	— 83 800 000	— 283 800 000	32 08
—	—	354 845 500	418 652 500	—	—	354 845 500	— 63 807 000	32 09
1 915 700	2 059 400	2 856 890 500	1 994 988 000	— 303 800 000	6 900	2 562 647 000	+ 557 567 800	
— 79 633 000	— 14 497 000	—	—	—	—	— 79 633 000	— 65 136 000	33 02
—	—	—	—	—	—	63 599 000	+ 12 450 000	33 03
—	—	—	—	—	—	79 633 000	+ 65 136 000	33 04
—	—	—	—	—	—	77 375 000	— 12 975 000	33 06
—	—	—	—	—	—	1 029 705 000	— 76 500 000	33 07
—	—	—	—	—	—	483 223 000	— 91 027 000	33 08
— 79 633 000	— 14 497 000	—	—	—	—	1 653 902 000	— 168 052 000	
—	—	151 605 700	155 436 800	—	—	151 605 700	— 3 831 100	35 02
—	—	2 641 900	5 194 100	—	—	2 641 900	— 2 552 200	35 03
—	—	50 156 500	33 618 800	—	—	50 156 500	+ 16 537 700	35 04
—	—	141 120 000	—	—	—	141 120 000	+ 141 120 000	35 05
—	—	251 990 000	203 627 000	162 000 000	277 373 000	413 990 000	— 67 010 000	35 11 a
—	—	12 127 000	10 130 000	6 000 000	16 980 000	18 127 000	— 8 983 000	35 11 b
—	—	609 641 100	408 006 700	168 000 000	294 353 000	777 641 100	+ 75 281 400	
—	—	23 100 000	3 600 000*)	94 474 000	22 665 000*)	117 574 000	+ 91 309 000	36 04
—	—	—	—	16 000 000	20 000 000	16 000 000	— 4 000 000	36 05
—	—	48 340 000	7 290 000	—	40 800 000	48 340 000	+ 250 000	36 06
—	—	3 700 000	2 400 000	28 730 000	14 050 000	32 430 000	+ 15 980 000	36 07
—	—	—	—	43 600 000	12 500 000	43 600 000	+ 31 100 000	36 08
—	—	4 400 000	— **)	500 000	— **)	4 900 000	+ 4 900 000	36 09
—	—	79 540 000	13 290 000	183 304 000	110 015 000	262 844 000	+ 139 539 000	

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	1959	1958
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
40					
Soziale Kriegsfolgeleistungen					
40 03	Kriegsfolgenhilfe	28 096 000	+ 263 000	—	—
40 04	Umsiedlung und Auswanderung	3 000	—	—	—
40 05	Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichs- fonds	—	—	—	—
40 06	Leistungen des Bundes an den Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
	Zusammen	28 099 000	+ 263 000	—	—
	*) Außerdem 385 500 000 DM (Kap. 40 10) jetzt bei Kap. 26 02.				
60					
Allgemeine Finanzverwaltung					
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuer	14 550 000 000	— 30 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	6 475 000 000	+ 425 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuer	9 285 000 000	+ 391 000 000		
	Abgaben	212 000 000	— 95 000 000		
	Lastenausgleich	1 910 000 000	— 23 000 000		
	Zusammen	32 432 000 000	+ 668 000 000	—	—
60 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	1 878 247 600	— 1 855 921 900		
60 04 *)	Sonderleistungen des Bundes	200 000	+ 200 000	2 300 000	1 800 000
60 05 *)	Bundeshilfe für Berlin	—	—		
60 06 *)	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammen- schlüsse	—	—		
	Zusammen	34 310 447 600	— 1 187 721 900	2 300 000	1 800 000
	Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt (Sp. 26—28).				

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	—	665 511 700	668 320 700	4 000 000	3 000 000	669 511 700	— 1 809 000	40 03
—	—	20 006 100	21 000 800	—	—	20 006 100	— 994 700	40 04
—	—	1 910 000 000	1 933 000 000	—	—	1 910 000 000	— 23 000 000	40 05
—	—	406 333 400	241 667 000	—	—	406 333 400	+ 164 666 400	40 06
—	—	3 001 851 200	2 863 988 500*)	4 000 000	3 000 000	3 005 851 200	+ 138 862 700	
—	—	—	—	—	—	—	—	60 01
2 067 000	1 840 500	— 2 543 246 600	— 450 167 700	—	—	— 2 541 179 600	— 2 092 852 400	60 02*)
—	—	1 653 600 000	1 689 100 000	500 000	17 200 000	1 656 400 000	— 51 700 000	60 04*)
—	—	885 000 000	875 000 000	—	—	885 000 000	+ 10 000 000	60 05*)
—	—	226 513 500	132 524 300	—	—	226 513 500	+ 93 989 200	60 06*)
2 067 000	1 840 500	221 866 900	2 246 456 600	500 000	17 200 000	226 733 900	— 2 040 563 200	

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1959	gegenüber 1958	1959	gegenüber 1958
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	mehr (+) weniger (-) DM
16	17	18	19	20	21
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	150 000 000	+ 150 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	150 000 000	+ 150 000 000
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
A 12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	290 400 000	+ 25 400 000
A 12 03	Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung	—	—	53 500 000	+ 51 100 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	— 225 000 000
	Zusammen	—	—	343 900 000	— 148 500 000
	14				
	Bundesminister für Verteidigung				
A 14 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	300 000 000	+ 300 000 000
A 14 12	Unterbringung	—	—	200 000 000	+ 200 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	500 000 000	+ 500 000 000
	24				
	Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes				
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	44 621 100	+ 44 621 100
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	44 621 100	+ 44 621 100
	25				
	Bundesminister für Wohnungsbau				
A 25 03	Förderung des Wohnungsbaues	—	—	1 345 000 000	+ 596 821 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	1 345 000 000	+ 596 821 000
	32				
	Bundesschuld				
A 32 01	Einnahmen aus Anleihen	4 162 393 400	+ 2 269 706 600	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	4 162 393 400	+ 2 269 706 600	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	845 057 300	+ 636 069 500
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	563 135 000	+ 422 495 000
A 60 05	Bundeshilfe für Berlin	—	—	245 000 000	+ 60 000 000
A 60 06	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	756 000	+ 756 000	126 436 000	+ 58 956 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne a.o.H.	—	—	—	—
	Zusammen	756 000	+ 756 000	1 779 628 300	+ 1 177 520 500

Gesamtabschluss

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1959	1958	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	1959	1958	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
22	23	24	25	26	27	28
458 080 000	511 335 000	— 53 255 000	2 389 002 900	2 352 417 100	+ 36 585 800	10 02
7 552 300	7 460 800	+ 91 500	47 003 200	46 993 600	+ 9 600	
465 632 300	518 795 800	— 53 163 500	2 436 006 100	2 399 410 700	+ 36 595 400	
91 946 300	95 624 300	— 3 678 000	1 029 631 100	1 003 005 900	+ 26 625 200	12 02
63 919 700	59 105 000	+ 4 814 700	350 435 100	329 281 000	+ 21 154 100	12 03
24 875 600	21 999 600	+ 2 876 000	1 183 646 100	1 175 493 400	+ 8 152 700	
180 741 600	176 728 900	+ 4 012 700	2 563 712 300	2 507 780 300	+ 55 932 000	
110 000	—	+ 110 000	4 292 935 200	812 857 900	+ 3 480 077 300	14 02
12 332 000	9 862 000	+ 2 470 000	597 963 900	2 688 590 100	— 2 090 626 200	14 12
33 821 900	17 814 400	+ 16 007 500	6 103 189 700	6 498 552 000	— 395 362 300	
46 263 900	27 676 400	+ 18 587 500	10 994 088 800	10 000 000 000	+ 994 088 800	
111 923 400	109 045 900	+ 2 877 500	7 542 000	34 003 800	— 26 461 800	24 02
163 722 700	165 434 600	— 1 711 900	288 828 800	190 874 100	+ 97 954 700	
275 646 100	274 480 500	+ 1 165 600	296 370 800	224 877 900	+ 71 492 900	
107 052 600	79 006 200	+ 28 046 400	1 705 617 100	1 476 960 100	+ 228 657 000	25 03
1 924 600	1 486 100	+ 438 500	25 062 500	47 781 500	— 22 719 000	
108 977 200	80 492 300	+ 28 484 900	1 730 679 600	1 524 741 600	+ 205 938 000	
4 162 393 400	1 892 686 800	+ 2 269 706 600	—	—	—	32 01
2 558 600	2 416 100	+ 142 500	2 562 647 000	2 005 079 200	+ 557 567 800	
4 164 952 000	1 895 102 900	+ 2 269 849 100	2 562 647 000	2 005 079 200	+ 557 567 800	
1 878 247 600	3 734 169 500	— 1 855 921 900	— 1 696 122 300	— 239 339 400	— 1 456 782 900	60 02
200 000	—	+ 200 000	2 219 535 000	1 848 740 000	+ 370 795 000	60 04
—	—	—	1 130 000 000	1 060 000 000	+ 70 000 000	60 05
756 000	—	+ 756 000	352 949 500	200 004 300	+ 152 945 200	60 06
32 432 000 000	31 764 000 000	+ 668 000 000	—	—	—	
34 311 203 600	35 498 169 500	— 1 186 965 900	2 006 362 200	2 869 404 900	— 863 042 700	

Gesamtplan		Ordentlicher Haushalt		Zusammen	
E.Pl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1959	gegenüber 1958	1959	1958
			mehr (+) weniger (-)		
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	12 300	+ 2 600	1 126 400	1 066 100
02	Deutscher Bundestag	170 100	— 20 700	7 588 100	7 503 300
03	Bundesrat	25 700	— 6 700	1 106 500	1 058 900
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	161 700	+ 131 100	7 999 400	7 782 000
05	Auswärtiges Amt	4 341 300	+ 232 500	144 927 100	138 641 300
06	Bundesminister des Innern	4 299 300	— 639 900	187 215 700	164 908 200
07	Bundesminister der Justiz	41 482 600	+ 5 226 000	37 714 100	37 617 500
08	Bundesminister der Finanzen	41 652 200	— 9 664 600	394 744 800	401 796 200
09	Bundesminister für Wirtschaft	10 829 600	+ 351 400	49 398 600	46 134 400
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ..	465 632 300	— 53 163 500	29 938 700	28 396 100
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	39 315 200	+ 2 812 900	16 262 400	15 641 800
12	Bundesminister für Verkehr	180 741 600	+ 4 012 700	123 865 700	109 931 700
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	3 069 300	+ 254 000	73 500	74 500
14	Bundesminister für Verteidigung	46 263 900	+ 18 587 500	1 795 804 500	1 550 323 100
19	Bundesverfassungsgericht	6 900	— 3 000	1 982 500	2 001 800
20	Bundesrechnungshof	13 900	+ 6 200	7 892 000	7 426 800
24	Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes	275 646 100	+ 1 165 600	10 135 800	8 863 400
25	Bundesminister für Wohnungsbau	108 977 200	+ 28 484 900	4 505 400	4 157 400
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtl. u. Kriegsgeschädigte	1 759 800	+ 1 151 800	8 789 700	8 681 500
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	73 100	— 18 200	3 820 600	3 773 800
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	2 700	— 300	590 500	588 900
29	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen	2 028 200	+ 24 700	1 450 700	1 313 100
31	Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft ..	137 300	+ 104 800	2 889 900	2 560 500
32	Bundesschuld	2 558 600	+ 142 500	7 640 800	8 024 900
33	Versorgung	10 350 000	— 19 499 000	1 733 535 000	1 836 451 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	47 614 000	+ 2 439 000	—	—
36	Zivile Notstandsplanung	43 000	+ 43 000	—	—
40	Soziale Kriegsfolgeleistungen	28 099 000	+ 263 000	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	34 310 447 600	— 1 187 721 900	2 300 000	1 800 000
	Insgesamt	35 625 754 500	— 1 205 301 600	4 583 298 400	4 396 518 200

Außerordentlicher Haushalt

E.Pl.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1959	gegenüber 1958	1959	gegenüber 1958
			mehr (+) weniger (-)		mehr (+) weniger (-)
16	17	18	19	20	21
05	Auswärtiges Amt	—	—	—	— 50 000 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	150 000 000	+ 150 000 000
12	Bundesminister für Verkehr	—	—	343 900 000	+ 148 500 000
14	Bundesminister für Verteidigung	—	—	500 000 000	+ 500 000 000
24	Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes ..	—	—	44 621 100	+ 44 621 100
25	Bundesminister für Wohnungsbau	—	—	1 345 000 000	+ 596 821 000
32	Bundesschuld	4 162 393 400	+ 2 269 706 600	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	756 000	+ 756 000	1 779 628 300	+ 1 177 520 500
	Ubriige Einzelpläne ohne außerordentlichen Haushalt ...	—	—	—	—
	Insgesamt	4 163 149 400	+ 2 270 462 600	4 163 149 400	+ 2 270 462 600

stellung

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		E.PL
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
732 300	503 000	630 000	803 000	330 600	5 000	2 819 300	+ 442 200	01
3 935 300	3 941 100	21 895 600	21 392 000	1 285 300	539 000	34 704 300	+ 1 328 900	02
489 200	442 300	196 000	215 000	25 400	—	1 817 100	+ 100 900	03
— 6 969 100	— 7 199 200	72 841 300	70 201 800	131 800	168 900	74 003 400	+ 3 049 900	04
25 979 800	26 716 100	96 627 800	91 431 600	61 320 100	24 998 100	328 854 800	+ 47 067 700	05
28 942 200	26 352 500	430 784 400	348 545 000	161 842 500	190 086 800	808 784 800	+ 78 892 300	06
4 528 200	4 562 800	5 964 200	5 725 600	2 156 500	2 332 300	50 363 000	+ 124 800	07
108 363 900	110 950 400	172 357 000	192 096 500	20 912 700	41 350 000	696 378 400	+ 49 814 700	08
7 517 100	8 307 900	37 041 700	31 954 200	24 363 200	32 389 800	118 320 600	— 465 700	09
6 622 300	6 193 400	1 279 212 200	1 297 135 400	970 232 900	1 067 685 800	2 286 006 100	— 113 404 600	10
2 644 800	2 375 200	8 916 392 100	8 809 078 200	9 444 800	283 700	8 944 744 100	+ 117 365 200	11
3 545 600	15 480 500	1 700 576 000	1 117 466 500	391 825 000	772 501 600	2 219 812 300	+ 204 432 000	12
—	—	—	—	2 329 700	784 200	2 403 200	+ 1 544 500	13
568 782 300	366 520 600	4 987 711 200	2 196 598 200	3 141 790 800	5 886 558 100	10 494 088 800	+ 494 088 800	14
344 700	334 700	4 000	4 000	4 000	20 000	2 335 200	— 25 300	19
1 079 800	1 062 800	100 000	—	45 400	20 500	9 117 200	+ 607 100	20
58 585 000	32 139 900	78 172 200	80 915 900	104 856 700	102 958 700	251 749 700	+ 26 871 800	24
542 800	620 400	366 896 000	744 235 000	13 735 400	27 549 800	385 679 600	— 390 883 000	25
1 226 200	1 305 100	105 615 000	415 198 500	2 014 700	2 290 000	117 645 600	— 309 829 500	26
1 113 600	1 152 000	101 402 000	113 722 000	1 707 200	1 000 000	108 043 400	— 11 604 400	27
115 100	119 900	—	—	—	23 800	705 600	— 27 000	28
417 900	259 700	59 330 000	62 415 000	237 000	58 700	61 435 600	— 2 610 900	29
1 007 600	717 600	44 547 500	33 541 000	87 878 200	104 692 400	136 323 200	+ 5 188 300	31
1 915 700	2 059 400	2 856 890 500	1 994 988 000	— 303 800 000	6 900	2 562 647 000	+ 557 567 800	32
— 79 633 000	— 14 497 000	—	—	—	—	1 653 902 000	— 168 052 000	33
—	—	609 641 100	408 006 700	168 000 000	294 353 000	777 641 100	+ 75 281 400	35
—	—	79 540 000	13 290 000	183 304 000	110 015 000	262 844 000	+ 139 539 000	36
—	—	3 001 851 200	2 863 988 500	4 000 000	3 000 000	3 005 851 200	+ 138 862 700	40
2 067 000	1 840 500	221 866 900	2 246 456 600	500 000	17 200 000	226 733 900	— 2 040 563 200	60
743 896 300	592 261 600	25 248 085 900	23 159 404 200	5 050 473 900	8 682 872 100	35 625 754 500	— 1 205 301 600	

Gesamtabschluss

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			E.PL
1959	1958	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	1959	1958	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
22	23	24	25	26	27	28
4 341 300	4 108 800	+ 232 500	328 854 800	331 787 100	— 2 932 300	05
465 632 300	518 795 800	— 53 163 500	2 436 006 100	2 399 410 700	+ 36 595 400	10
180 741 600	176 728 900	+ 4 012 700	2 563 712 300	2 507 780 300	+ 55 932 000	12
46 263 900	27 676 400	+ 18 587 500	10 994 088 800	10 000 000 000	+ 994 088 800	14
275 646 100	274 480 500	+ 1 165 600	296 370 800	224 877 900	+ 71 492 900	24
108 977 200	80 492 300	+ 28 484 900	1 730 679 600	1 524 741 600	+ 205 938 000	25
4 164 952 000	1 895 102 900	+ 2 269 849 100	2 562 647 000	2 005 079 200	+ 557 567 800	32
34 311 203 600	35 498 169 500	— 1 186 965 900	2 006 362 200	2 869 404 900	— 863 042 700	60
231 145 900	248 187 800	— 17 041 900	16 870 182 300	16 860 661 200	+ 9 521 100	
39 788 903 900	38 723 742 900	+ 1 065 161 000	39 788 903 900	38 723 742 900	+ 1 065 161 000	

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Vereinbarungen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen
der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien
und Nordirland, der Republik Frankreich, des Königreichs Dänemark,
des Königreichs Belgien und des Königreichs der Niederlande
über gegenseitige Hilfe gemäß Artikel 3 des Nordatlantik-Vertrages.**

Vom 8. Juni 1959.

Gemäß Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 11. März 1959 zu den Vereinbarungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Republik Frankreich, des Königreichs Dänemark, des Königreichs Belgien und des Königreichs der Niederlande über gegenseitige Hilfe gemäß Artikel 3 des Nordatlantik-Vertrages (Bundesgesetzbl. II S. 409) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Vereinbarungen

am 16. Mai 1959

in Kraft getreten sind.

An diesem Tage hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Regierungen der anderen Vertragsparteien mitgeteilt, daß die in der Bundesrepublik Deutschland erforderliche verfassungsmäßige Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erteilt worden ist.

Bonn, den 8. Juni 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 42 der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Entschädigung bei Berufskrankheiten (Neufassung 1934).**

Vom 15. Juni 1959.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 21. Juni 1934 angenommene Übereinkommen Nr. 42 über die Entschädigung bei Berufskrankheiten (Neufassung 1934) — Bundesgesetzbl. 1955 II S. 577 — wird nach seinem Artikel 4 Abs. 3 in Kraft treten für

Panama am 16. Februar 1960.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Februar 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 204).

Bonn, den 15. Juni 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

Der Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung
In Vertretung
Dr. Claussen

**Bekanntmachung über die Kündigung der Berner Übereinkunft
zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst durch Indonesien.**

Vom 23. Juni 1959.

Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst in der in Rom am 2. Juni 1928 revidierten Fassung (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 889) ist von Indonesien am 19. Februar 1959 gekündigt worden. Die Übereinkunft wird für

Indonesien am 19. Februar 1960
außer Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. November 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 571).

Bonn, den 23. Juni 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein